

Keine deutsche Atomrüstung – trotz intensiver Bemühungen

Philipp Sonntag

Stand 18. Mai 2013

Die Identität der VDW ist mit der Verhinderung einer deutschen Atomrüstung verbunden. Gründungsmitglieder der VDW waren vor allem Atomphysiker der „Göttinger 18“. Deren Rolle zur Zeit des Nazi-Regimes ist teils umstritten. Aber danach haben sie gegen Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß den Verzicht durchgesetzt. VDW Mitglieder haben auf Pugwash Konferenzen gezielt und effektiv zur atomaren Rüstungsbegrenzung beigetragen.

Diese Erfolge waren vermutlich stärker gefährdet als öffentlich bekannt ist – dafür gibt es Anhaltspunkte in einer Untersuchung von VDW Mitglied Roland Kollert über geheime Vorbereitungen zu einer deutschen Atombombe¹. Das jedenfalls war im Jahr 2000 der spontane Eindruck in der VDW. Mit entsprechenden Bekenntnissen von Hans-Peter Dürr und Wolfgang Liebert wurde die Untersuchung im Archiv der VDW veröffentlicht – und alsbald durch die Kerntechnische Gesellschaft e. V. (KTG) in Frage gestellt.

Der Anlass zum Vorwurf gegen die VDW

Soweit die Wissenschaftlichkeit der VDW bezweifelt wird, ist das eine ernste Angelegenheit. Der bittere Vorwurf durch die Kerntechnische Gesellschaft e. V. (KTG) stand seit 2001, öffentlich für jeden sichtbar, im Internet (allerdings ist die Seite im Mai 2013, vermutlich nur vorübergehend, gehackt²). Der Vorwurf stand sowohl in einem Brief an die VDW als auch in einem Editorial von Dr. Wolf-Dieter Krebs, dem Vorsitzenden der Kerntechnischen Gesellschaft e. V., der zu diesem Fazit kam³:

Angesichts dieser Tatsache habe ich mich gezwungen gesehen, mit dem nachfolgenden abgedruckten Brief gegen eine nicht nur meiner Meinung nach unseriöse Studie zu protestieren.

Daraufhin wurde damals von der VDW der Anlass – also die Untersuchung von VDW Mitglied Roland Kollert über geheime Vorbereitungen zu einer deutschen Atombombe – aus dem Archiv entfernt. Dies geschah, obwohl politisch erfahrene Mitglieder der VDW die Studie ausdrücklich und öffentlich gut geheißen hatten. Rasch wurde eine interne „Studiengruppe“⁴ der VDW improvisiert. Dabei waren Sozialwissenschaftler, nicht aber Experten der Naturwissenschaften und – das

¹ Roland Kollert: Atomtechnik als Instrument westdeutscher Nachkriegs-Außenpolitik - Die militärisch-politische Nutzung ‚friedlicher‘ Kernenergietechnik in der Bundesrepublik Deutschland; von der VDW 2000 ins Archiv gestellt, mit einer Notiz von Hans-Peter Dürr "Zum Geleit" und einem Vorwort von Wolfgang Liebert

² Kernenergie.de: Webseite von Atomkraftgegnern gehackt - Internet ...
www.bild.de › Digital; 10.11.2010 – Atomkraft-Gegner haben die offizielle Webseite Kernenergie.de gehackt. Sie hinterließen die Nachricht: „Kernenergie. So sicher wie diese ...“

³ http://www2.kernenergie.de/ktg/de/ueber_uns/editorial/2000_12_editorial.php?navid=3
Editorial von Dr. Wolf-Dieter Krebs - Vorsitzender der Kerntechnischen Gesellschaft e. V. , Dezember 2000.

⁴ Bieber, Hans-Joachim und Hans G. Nutzinger unter Mitarbeit von Hans-Jochen Luhmann. „Methodeneinheit und Methodendifferenz in den Kultur-, Sozial- und Naturwissenschaften“. Abschlussbericht einer Studiengruppe der VDW, 2003. S. 1-3; siehe www.vdw-ev.de im MENU: Publikationen und weiter: VDW-Materialien

möchte ich betonen – ebenso keinerlei Experten der Geheimhaltung. So war damals keine abschließende Stellungnahme möglich.

Der Vorwurf der „Unwissenschaftlichkeit“, bei einem politisch relevanten Thema welches die Identität der VDW unmittelbar betrifft, sollte jedoch nach einer Antwort verlangen, die allerdings bis heute ausblieb.

In diesem Zusammenhang spontan plausibel erscheint mir:

- zum einen, dass für die zivil und kommerziell orientierte KTG nahe lag, sich gegen jegliche Vermutung zu wehren, sie hätte – wissend und wollend – eine deutsche Atomrüstung vorbereitet.
- zum anderen, dass für die deutsche Regierung damals eine Option von Bemühungen (geheimen Vorbereitungen aus Hoffnung auf eine spätere politische Wende hin zur Atomrüstung) durchaus attraktiv sein konnte. In diese Richtung weist unter anderem die hochgradig spannungsgeladene Reaktion von Franz Josef Strauß auf die Aktionen der deutschen Atomphysiker.

Ich meine, dass ohnehin die VDW wenig Anlass hat, sich mit der Rolle der KTG zu beschäftigen oder sogar gegen die KTG einen Vorwurf zu erheben. Vielmehr geht es um die Reaktion der Regierung auf das enorme Engagement von VDW und auf schier unzählige Protestgruppen⁵ gegen eine deutsche Atomrüstung. Es geht um den möglichen Skandal, inwieweit die Regierung mit Mitteln der Geheimhaltung eine beachtliche Nähe zu einer deutschen Atomrüstung geschaffen hatte.

Wenn überhaupt, so könnte dieser Sachverhalt ernsthaft nur im Rahmen eines höchst sorgfältigen und aufwendigen Forschungsprojektes – zur Auflösung der Kontroverse von VDW und KTG gemeinsam – geprüft werden. Das erscheint mir jedoch allein schon deshalb schwierig und wenig aussichtsreich, weil die Herangehensweisen und Interessen von KTG und VDW völlig unterschiedlich sein dürften. Und zwar selbst dann, wenn es gelänge, sich über „Wissenschaftlichkeit“ abstrakt zu einigen.

Trotzdem erscheint mir als plausibel, dass die Untersuchungen von Roland Kollert aus dem Jahre 2000 und meine ergänzenden Überlegungen (bei denen ich auch neuere Quellen einbeziehen konnte) nicht nur für ein derartiges Projekt, sondern generell für eine Diskussion des Sachverhalts hilfreiche Anhaltspunkte geben können und es daher gerechtfertigt ist, beide als Thesenpapiere ins Archiv der VDW zu stellen.

Anhaltspunkte

Die deutsche Auseinandersetzung zum Thema Atombomben wurde in vielen Schriften breit dokumentiert und kommentiert. Dabei wurde ein möglicher Zusammenhang mit Geheimhaltung fast systematisch ausgeklammert. Fast nirgends wurde auch nur angedeutet, dass es Hinweise auf geheime, umfassend gezielte Vorbereitungen einer deutschen Atombombe gegeben haben könnte.

Anhaltspunkte dafür, dass solche Bemühungen tatsächlich in die Wege geleitet wurden, liefern

⁵ Philipp Sonntag: Der Streit um die atomare Bewaffnung – Argumente der Ära Adenauer. In: Militärpolitik Dokumentation, Heft 25, 1982, 113 S.

- der emotionale Kontext, vor allem bei F.J. Strauß, der lange Zeit die Hoffnung auf eine deutsche Atomrüstung keineswegs aufgegeben hatte,
- die im Sinne von F.J. Strauß optimalen Geheimhaltungserfordernisse bei der Unterstützung einer israelischen Atombombe und
- die genannte systematische Zusammenstellung der Fakten durch Roland Kollert, welche nach Art eines Mosaiks Anhaltspunkte zu konzertierten Aktionen in dieser Richtung aufzeigte. Kritiker mögen versuchen, einzelne Anhaltspunkte in Zweifel zu ziehen, jedoch der Gesamteindruck bleibt, ergänzt durch weitere Daten, und ergibt ein klares Bild gezielter Bemühungen der Regierung
- neuere Daten, welche die genannte Argumente stützen.

Man kann als Bürger wie auch als Institution dafür oder dagegen sein, Israel beim Aufbau einer Atomrüstung zu unterstützen. Geheimhaltung ist bei einer derartigen Entscheidung und Durchführung in einer Demokratie legal und legitim. Geheimhaltung sollte aber immer zeitlich begrenzt bleiben. Bereits bei einer begrenzten, immerhin Anhaltspunkte liefernden Offenlegung von Fakten muss die demokratische Diskussion geführt werden.

Darüber hinaus kann unter Umständen bei einer breiten, ergiebigen Offenlegung geheimer Daten eine wissenschaftliche Bewertung versucht werden. Dies bleibt jedoch mit grundlegenden Schwierigkeiten verbunden, denn es liegt in der Natur des Sachverhaltes, dass verschleierte und oft gezielt unvollständige Geheimschriften letztlich nur bedingt wissenschaftlich bewertet werden können.

Aber auch ohne Geheimschriften gibt es klare Anhaltspunkte zu vorbereitenden Bemühungen um Atomwaffen und zugehörigen Trägersystemen, hier in meiner Kurzfassung nur angedeutet:

- Die umfangreiche Plutoniumtechnik war erkennbar militärisch motiviert,
- fünf Firmen entwickelten Senkrechtstarter Flugzeuge,
- das Frachtschiff „Otto Hahn“ war im Hinblick auf Atom-Unterseeboote konstruiert,
- die laufend weiter entwickelten Dolphin U-Boote wurden so gebaut, dass sie durch Umrüstung in Israel mit Mittelstreckenraketen bestückt werden können,
- Mehrere Treffen von F. J. Strauß mit dem für Waffenbeschaffungen zuständigen Schimon Peres sind bekannt, zum ersten Mal aktenkundig am 4. Juli 1957; ebenso mit Ben Gurion.

Zugleich gibt es mehrere Gründe und Anhaltspunkte für eine enge Zusammenarbeit mit Israel für eine israelische Atombombe, mit Bereitstellung wichtiger Technologiebereiche, deutscher Kapazitäten von FuE und Industrie. Unvermeidlich ging mit der damaligen Unterstützung von Israel eine Ausrichtung auf entscheidende technische Voraussetzungen für den (möglichen) Bau einer deutschen Atombombe einher. Die Schwelle wurde wesentlich verringert. Dafür mussten erhebliche Entwicklungskosten bereitgestellt werden. Das gelang durch die Kombination von Geheimhaltung mit dem besonders wirkungsvollen Tabu, jegliche Hilfe für Israel zu hinterfragen. Vor dem Hintergrund des Holocaust war jede existenziell wichtige Hilfe für Juden eine deutsche Pflicht, die kaum in Frage gestellt würde. Unabhängig von

schwierigen Erwägungen, was für Israel und Nahost insgesamt gut sein könnte, gilt jedenfalls: Früher wie jetzt werden die Technik- und Waffenlieferungen an Israel in jedem Fall nahezu vorbehaltlos geleistet.

Wissenschaftlichkeit bei Geheimhaltung

Es ist a priori kaum je möglich, sich über eine vorsätzlich verschleiende Vorgehensweise wie bei der Geheimhaltung danach in einem Streit wissenschaftlich zu einigen. Für geheime Experimente, Lieferungen, versteckte Finanzierungen werden „Protokolle“ usw. unweigerlich gezielte Verschleierungen verwenden. Würde man diese – formell hermeneutisch – wortgetreu ernst nehmen, so wäre das Ergebnis geradezu besonders falsch.

Bei der Aufarbeitung ist man auf Interpretationen angewiesen und die Kunst besteht darin, den „eigentlichen Kontext“ zu erkennen und das richtige Augenmaß anzuwenden. Prompt könnte jeder Interessenskonflikt eine gemeinsame Sicht zusätzlich erschweren. Selbst wenn eine Seite sämtliche geheimen Fakten verfügbar hätte, sie breit verfügbar machen würde und wissenschaftliche Prinzipien anwenden würde, so würde dies von anderen Interessen aus gesehen nur bedingt als glaubwürdig angesehen.

Solche Schwierigkeiten sind kaum vermeidbar. Man kann, wie bei Roland Kollert geschehen, Anhaltspunkte für Verschleierungen finden – Experten der Geheimhaltung können ihren Blick dafür schärfen – aber Streit über das Ergebnis wurde und wird dadurch erst mal intensiviert. Von daher hätte auch eine gut besetzte Kommission der VDW, sowohl mit Sozial- als auch mit Naturwissenschaftlern und Technikern, die Frage der Wissenschaftlichkeit der Schrift von Roland Kollert nur bedingt auflösen können. Strukturell ähnlich: Gerade bei formell korrekter Hermeneutik könnte man womöglich aus einer Dienstvorschrift die falschen Schlüsse ziehen, wenn es in der Praxis z. B. um das Phänomen einer „Dienst nach Vorschrift“ geht.

Insgesamt: Auch bei gutem Willen, Interesse und verfügbaren Experten wäre eine Einigung kaum zu erwarten. Laut KTG wären jegliche Bemühungen in Richtung einer deutschen Atomrüstung wohl ohnehin eine absurde Behauptung, für die man keine Untersuchung bräuchte. Jedenfalls wurde von der KTG die Unterstellung, Experten hätten solche geheimen Aktionen gekannt und sie unterstützt, mit Entrüstung zurückgewiesen. Würde die VDW jedoch behaupten, die Experten der KTG hätten eine faktische geheime Vorbereitung gar nicht bemerkt, so würde auch dieses Ansinnen von der KTG als unerträglich empfunden.

Angesichts einer derart kontroversen Ausgangslage würde jeder Versuch einer gemeinsamen „ernsthaft wissenschaftlichen“ Untersuchung fast unweigerlich zu erneutem Streit führen. Deshalb empfehle ich, die divergierenden Ansichten von KTG und VDW je für sich als Thesen zu respektieren.

Andererseits gilt: Anhaltspunkte für Atomrüstung müssen auf jeden Fall genannt werden dürfen. Da bereits meine notgedrungen begrenzten Bemühungen nun ebenfalls Anhaltspunkte für den Verdacht der Vorbereitung einer Atomrüstung ergeben, meine ich gehören beide Schriften (von Roland Kollert und mir) zumindest als Thesenpapiere ins Archiv der VDW.

Ausblick

In Zukunft wird das Thema – mehr oder minder intensive Bemühungen der Regierung um eine deutsche Atomrüstung – weiter diskutiert werden, mit verschiedenen, schließlich historischen Deutungen. Ich meine, es ist der Sache angemessen, wenn die VDW hierzu Stellung bezieht, zumindest vorhandene Daten ihrer Zeitzeugen verfügbar macht. Denn die VDW hat sich intensiv um die Vermeidung einer deutschen Atomrüstung bemüht, das betrifft Atombomben ebenso wie Träger und Kontrollsysteme.

Es ist alarmierend, was trotzdem weitgehend unbemerkt (!) in Deutschland an Rüstungsvorbereitung geschehen konnte – und wohl letztlich nur durch den nachhaltigen Erfolg von Göttinger 18 und VDW (Kriegsfolgenstudie usw.) und anschließende Bürgerinitiativen politisch aufgehalten werden konnte. Es geht die VDW und die Öffentlichkeit etwas an.

Außerdem ist die Nähe verschiedener ziviler Atomtechniken und Trägersysteme (Flugzeuge, „Forschungsraketen“ etc.) zu Formen der Atomrüstung sowieso im Hinblick auf Pakistan, Iran, Nordkorea usw. ein fortwährend brisantes Thema. Auch von daher kann ein Blick zurück in die deutschen Aufrüstungsvorhaben aufschlussreich sein. Aktuell leistet die VDW laufend Beiträge bei den Pugwash Konferenzen zur Einschränkung der globalen Proliferation von Massenvernichtungswaffen aller Art. Der Umgang mit geheimen, oft Völkerrecht verletzenden Aktionen ist ein zentraler Aspekt der Bemühungen.

Es ist zu erwarten, dass dieses Sachgebiet auch auf dem Weltkongress der „World Federation of Jewish Child Survivors of the Holocaust and Descendants“ (WFJCSHD) in Berlin August 2014 ein öffentliches Thema sein wird (ich bin im Vorstand der deutschen Sektion). Dort wird eine Diskussion der deutschen Haltung im Verhältnis zum Judentum und speziell zu Israel zusätzlich weitere Aspekte einbringen.

Für die globale Entwicklung von grundlegender Bedeutung wird die Beantwortung einer Frage sein, die sich bei jeder Staatsform, von Demokratie bis hin zu Diktaturen, unweigerlich stellen wird: Was ist größer für ein Land, der Nutzen oder der Schaden der eigenen Geheimhaltungsbehörden? Die Antwort wird je nach Land, Behörde und Kontext völlig verschieden ausfallen.

So wird eine geschickte Abwehr von Industriespionage in vernünftigem Umfang sicher nützlich sein. Schwieriger wird es im Hinblick auf andere Vorgehensweisen von Geheimdiensten. Das gilt für Stasi und Verfassungsschutz. Es gilt bei Alt-Nazis und deren Sympathisanten, bei Doppelagenten usw. die in Geheimdiensten, sonstigen Behörden und Ministerien arbeiten. Es betrifft konkret deren Umgang mit Schadensmeldungen von Terroraktionen. Es betrifft die durch „vorsätzlich fahrlässige“ Pannen gestörten Ermittlungen zu NSU. Und es betrifft mögliche Vorbereitungen zu Atomrüstung, wie über viele Jahre hinweg Lieferungen modernster Technik an den Iran.

Die global ausufernde Rüstung, inklusive Waffenexport und Geheimhaltung, könnte weitaus besser als bisher erfasst und mit Beiträgen der VDW demokratisch besser diskutierbar gemacht werden.

Fazit

Es gibt eine Fülle von überzeugenden Anhaltspunkten für massive Vorbereitungen zum Aufbau einer deutschen Atomrüstung. Gesteuert durch Franz Josef Strauß umfasste dies die wesentlichen militärtechnischen Erfordernisse zu Atombomben und Trägersystemen. Durch strikte Geheimhaltung wurden sowohl die demokratische Debatte, als auch die gesellschaftlichen Bemühungen der VDW, grundlegend in die Irre geführt. Es sollte nicht überraschen, denn das Ausmaß der Täuschung passt zu dem Ausmaß der emotionalen Empörung, welches Franz Josef Strauß in den Auseinandersetzungen mit den Göttinger 18 gezeigt hatte.

Die Rolle der KTG braucht hierbei nicht hinterfragt zu werden, zumal gerade bei Roland Kollert deutlich wurde, wie die Absicht einer militärischen Nutzung der Atomtechnik keineswegs von der Energiewirtschaft kam.

Mit „Vereinigung“ Deutscher Wissenschaftler betont die VDW eine Art „Wiedervereinigung“ (immer ein mühsamer Prozess ...) der jahrhundertlang getrennten Fakultäten. Hinzu kommt die Aufgabe, laufend neu entstehende Sachgebiete zu integrieren. Wie bei der Atomrüstung deutlich wurde, sind die interdisziplinäre Breite der Wissenschaften und weitgehende Offenlegung vorhandener Informationen notwendige Voraussetzungen zur Lösung genau jener Probleme, welche eben diese Breite laufend bewirkt. Hinreichend können bestenfalls laufende wissenschaftliche und demokratische Bemühungen sein.